

Europa – kein Ende der Unsicherheit

28. Juli 2011

Die Beschlüsse des EU-Krisengipfels Ende Juli oder die Vorschläge des letzten deutsch-französischen Gipfels haben leider nur ein Ergebnis: Die Unsicherheit an den Märkten ist nach wie vor sehr groß. Es gibt kein eindeutiges Signal für eine tragbare, allseits akzeptierte Lösung der EU-Schuldenproblematik. Zudem macht sich immer mehr eine Rezessionsangst breit.

Der Markt glaubt nicht an die Versprechen europäischer Regierungen, wie wir sie in den letzten Wochen mehrfach gehört haben. Griechenland will ein riesiges Sparprogramm umsetzen, Italien plant, bereits 2013 einen ausgeglichen Haushalt vorzuweisen, und der französische Präsident Nicolas Sarkozy rief sogar seine Minister aus dem Urlaub zurück. Das Thema ist so wichtig, dass diese sofort anfangen sollen, neue Sparideen zu entwickeln.

Ein besonders beliebtes Thema für die oben genannten Staaten ist in diesem Zusammenhang die Einführung so genannter Euro-Bonds, also Anleihen, für die nicht nur ein einzelner Staat sondern ganz Europa haftet. Länder mit schlechteren Bonitäten können sich mit Euro-Bonds günstiger refinanzieren, sparen also Geld. Starke Länder, wie zum Beispiel Deutschland, zahlen künftig mehr, als bei ihrer eigenen guten Bonität nötig wäre. Im Prinzip handelt es sich bei der Einführung von Euro-Bonds um einen Bonitätstransfer.

Was spricht nun für die Einführung von Euro-Bonds?

Sie ermöglichen den schwachen Staaten die Rückkehr an den Kapitalmarkt. Deren Geldversorgung wäre wieder sichergestellt und die aktuelle Krise für den Moment abgewendet.

Für den Moment. Durch diese Schuldenunion wären die Schulden der einzelnen Mitgliedstaaten noch keinen Cent geringer. Ohne harte Sparmaßnahmen in den EU-Ländern nützen auch Euro-Bonds nichts. Es ist jetzt an der Zeit, diese Maßnahmen umgehend durchzusetzen. Die in diesem Zusammenhang oft geforderte Einführung eines „Euro-Finanzministers“ entspricht unseres Erachtens nicht der aktuellen politischen Wirklichkeit. Selbst wenn es hierfür den gemeinsamen politischen Willen gäbe, müssten EU-Verträge und nationale Verfassungen geändert werden, um zum Beispiel einen EU-Finanzminister zu schaffen, der auch in die nationalen Belange eingreifen kann. Grundsätzlich ist das eine überlegenswerte Idee, zumal sie auf dem Weg einer politischen Union sowieso überlegt werden muss. Das aktuelle Problem kann diese Idee aber heute nicht lösen.

Wegen der beschriebenen Unsicherheiten flüchten viele Investoren in deutsche Staatsanleihen und profitieren damit von der ausgezeichneten Bonität des deutschen Staates. Der in den vergangenen Jahrzehnten in Deutschland erarbeitete Wohlstand und das Vertrauen in die deutsche Art zu leben, zu arbeiten und zu sparen sind Garanten dieses Vertrauens.

Tendenz

Kurzfristig: stark schwankend

Langfristig: steigend